

Inhalt

Disziplinarrecht – die Aberkennung des Ruhegehalts im Beamtenrecht	1
I. Sachverhalt zum Urteil des OVG Rheinland-Pfalz vom 31.3.2011 (Az: 11 A 10222/11.OVT)	1
II. Rechtsgrundlage für die Aberkennung/Kürzung des Ruhegehaltes	1
III. Einzelfälle	3
IV. Zusammenfassung.....	4
Neues aus Rehmnetz	4
Beamten-Blog	4

Markus Pferinger

*Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach*

Disziplinarrecht – die Aberkennung des Ruhegehalts im Beamtenrecht

Der Beitrag befasst sich mit der immer wieder auftretenden Problematik der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegenüber bereits sich im Ruhestand befindenden Beamten. Zu dieser Thematik ist mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 31.3.2011 (Az: 11 A 10222/11.OVT) in jüngster Zeit ein Urteil ergangen, welches an den bislang entwickelten Grundsätzen für die Entscheidung derartiger Fälle weiterhin festhält. Zur Erläuterung und Vertiefung der Problematik werden die Urteile des Verwaltungsgerichts Münster vom 22.10.2010 (Az: 20 K 1924/09.BDG), des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 4.11.2010 (Az: 3 A 10736/10) und des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.10.2005 (Az: 2 C 12/04) besprochen.

I. Sachverhalt zum Urteil des OVG Rheinland-Pfalz vom 31.3.2011 (Az: 11 A 10222/11.OVT)

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz musste sich jüngst mit der Frage beschäftigen, welche disziplinarrechtliche Maßnahme zu ergreifen ist, wenn sich nach Eintritt eines Beamten in den Ruhestand herausstellt, dass dieser sich während seiner aktiven Dienstzeit als bestechlich erwiesen hat.

Vorliegend hat der Beamte bei der Deutschen Bahn AG von einem Auftragnehmer der DB Netz AG in mehreren Fällen Sach- und Geldzuwendungen entgegengenommen und im Gegenzug überhöhte Stundenzettel und Rechnungen des Unternehmers als sachlich richtig bestätigt.

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Trier wurde dem Beamten das Ruhegehalt aberkannt. Eine hiergegen eingelegte Berufung blieb ohne

Erfolg. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz seien die Vorfälle so schwerwiegend, dass die Aberkennung des Ruhegehalts zwingend geboten sei. Der Beamte habe in zahlreichen Fällen gegen die beamtenrechtliche Pflicht zur uneigennützigen Amtsführung gegen das Verbot der Vorteilsannahme verstoßen.

II. Rechtsgrundlage für die Aberkennung/ Kürzung des Ruhegehaltes

Sowohl die jeweiligen Landesdisziplinar Gesetze als auch das Bundesdisziplinar Gesetz sehen als Disziplinarmaßnahmen gegen Ruhestandsbeamte die Kürzung oder als Höchstmaßnahme die Aberkennung des Ruhegehalts vor. Im Bundesdisziplinar Gesetz (BDG) findet sich die Rechtsgrundlage in § 5 Abs. 2 BDG i. V. m. §§ 11 f. BDG.

Die Entscheidung, welche Disziplinarmaßnahme zu ergreifen ist, ergeht nach pflichtgemäßem Ermessen. In § 13 Abs. 1 Satz 1 BDG ist dies explizit geregelt. Die meisten Landesgesetze und auch das Bundesdisziplinargesetz geben Kriterien vor, welche bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssen. So heißt es beispielsweise in § 13 BDG:

„(1)... Die Disziplinarmaßnahme ist nach der Schwere des Dienstvergehens zu bemessen. Das Persönlichkeitsbild des Beamten ist angemessen zu berücksichtigen. Ferner soll berücksichtigt werden, in welchem Umfang der Beamte das Vertrauen des Dienstherrn oder der Allgemeinheit beeinträchtigt hat.

(2)...“

1. Auslegung des Begriffs „Schwere des Dienstvergehens“

Das wohl bedeutendste Kriterium für die Bestimmung der Disziplinarmaßnahme ist die Schwere des Dienstvergehens.

Sie beurteilt sich nach der Eigenart und Bedeutung der verletzten Dienstpflichten, Dauer und Häufigkeit der Pflichtenverstöße und den Umständen der Tatbegehung. Für Letzteres ist zum einen die Form und das Gewicht des Verschuldens, zum anderen sind die zugrunde liegenden Beweggründe des Beamten für das pflichtwidrige Verhalten sowie die unmittelbaren Folgen der Pflichtenverstöße für den dienstlichen Bereich und Dritte entscheidend. In diesem Zusammenhang stellt sich

insbesondere die Frage nach der Höhe des Schadens.

Die genannten Kriterien hat das Bundesverwaltungsgericht zuletzt im Urteil vom 20.10.2005 (Az: 2 C 12/04) unter dogmatischer Einordnung in „objektive“ und „subjektive Handlungsmerkmale“ für die Bewertung, ob es sich um ein schweres Dienstvergehen handelt, herangezogen.

Unter Verzicht auf die dogmatischen Aspekte hat das Verwaltungsgericht Münster im Urteil vom 22.10.2010 (Az: 20 K 1924/09.BDG) auf die gleichen Kriterien für die Beurteilung der Schwere eines Dienstvergehens zurückgegriffen.

2. Die Berücksichtigung des Persönlichkeitsbildes des Beamten

Die in § 13 Abs. 1 Satz 2 BDG geforderte „angemessene“ Berücksichtigung des Persönlichkeitsbildes des Beamten verlangt, dass es für die Bestimmung der Disziplinarmaßnahme auch auf die persönlichen Verhältnisse und das sonstige dienstliche Verhalten des Beamten vor, bei und nach dem Dienstvergehen ankommt.

Das Gericht muss sich damit beschäftigen, ob das Fehlverhalten des Beamten mit dem bisher gezeigten Persönlichkeitsbild übereinstimmt oder davon abweicht. Insbesondere soll mit diesem Kriterium persönlichkeitsfremdes Verhalten in Notstands- und Konfliktsituationen berücksichtigt werden.

3. Beeinträchtigung des Vertrauens des Dienstherrn oder der Allgemeinheit

Das Kriterium nach der Frage der Beeinträchtigung des Vertrauens des Dienstherrn oder der Allgemeinheit ist eher eine prognostische Frage und betrifft die Erwartung, dass sich ein Beamter aus Sicht des Dienstherrn und der Allgemeinheit so verhält, wie es von ihm im Hinblick auf seine Dienstpflichten als berufserforderlich erwartet wird.

Erster Anknüpfungspunkt ist der allgemeine Status als Beamter an sich, daneben ist auch der konkrete Tätigkeitsbereich innerhalb der Verwaltung ebenso entscheidend. Es kommt letztlich darauf an, ob der Dienstherr oder die Allgemeinheit unter Berücksichtigung der festgestellten belastenden und entlastenden Umstände noch darauf vertrauen kann, dass der Beamte in Zukunft seinen Dienstpflichten ordnungsgemäß nachkommen wird.

Produktipp

Gansen (Hrsg.)

Disziplinarrecht in Bund und Ländern



Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-3043-9
€ 149,95 zzgl. Aktualisierungen
€ 239,95 ohne Aktualisierungen

[\[mehr Info\]](#)

Der „Gansen“ hat sich in den letzten Jahren zum Standardwerk für das Disziplinarrecht entwickelt: Er informiert zuverlässig über die neue Rechtslage in Bund und Ländern.

Es gilt zu beachten, dass bei der Frage der Vertrauensbeeinträchtigung eine Schematisierung dahingehend, dass ein schweres Dienstvergehen „regelmäßig“ geeignet ist, das Vertrauensverhältnis zu zerstören, nicht zulässig ist, wenn gewichtige und im Einzelfall durchgreifende Entlastungsgründe festgestellt werden.

Ein bloßes Abstellen auf das Vorliegen eines Vertrauensverlustes aufgrund der Indizwirkung durch die Schwere des Vergehens widerspricht daher einer korrekten Ermessensausübung.

III. Einzelfälle

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die disziplinarrechtliche Höchstmaßnahme für einen Ruhestandsbeamten, das ist die Aberkennung des Ruhegehalts, meist dann erfolgte, wenn das Fehlverhalten im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Geld oder anderen materiellen Vorteilen stand.

In den meisten Fällen kam es dann auch nicht auf die Höhe des zugewandten Geldbetrages oder den Wert des materiellen Vorteils an, vielmehr war die Tatsache, dass es zu einer derartigen Verfehlung kam, entscheidendes Kriterium. Dies gilt insbesondere für die Frage nach der Vertrauensbeeinträchtigung.

So hat das Verwaltungsgericht Münster im Urteil vom 22.10.2010 (Az: 20 K 1924/09.BDG) ein „schweres Dienstvergehen im Kernbereich der ihm obliegenden Dienstpflicht“ angenommen, wenn ein **Beamter auch nur vorübergehend** ihm dienstlich

anvertrautes oder amtlich erlangtes Geld für private Zwecke verwendet. Die Häufigkeit des Fehlverhaltens war für das Verwaltungsgericht Münster von größerer Bedeutung als die Frage nach einem eventuell eingetretenen Schaden.

Ähnlich sieht es das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in seinem Urteil vom 4.11.2010 (Az: 3 A 10736/10). Gegenstand dieses Verfahrens war eine Ruhegehaltskürzung. Diese wurde in erster Instanz vom Verwaltungsgericht Trier mit Urteil vom 27.4.2010 (Az: 3 K 660/09) zur disziplinarischen Ahndung eines Verstoßes gegen die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit für erforderlich, aber auch ausreichend erachtet.

Sowohl das Land Rheinland-Pfalz als auch der Beamte legten gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung ein. Beide Berufungen wurden zurückgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht hielt im vorliegenden Fall eine Aberkennung des Ruhegehalts für rechtswidrig, da der Beamte bei „wertender Betrachtungsweise das Vertrauen des Dienstherrn oder der Allgemeinheit nicht endgültig verloren“ habe. Die Verletzung des Dienstgeheimnisses sei nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts nicht ausreichend, um die Höchstmaßnahme zuzulassen. Dies insbesondere unter dem oben bereits angesprochenen Aspekt, dass das Fehlverhalten nicht mit einer Entgegennahme von Geld oder anderer materieller Vorteile einherging.

IV. Zusammenfassung

In der Vergangenheit mussten sich die Verwaltungsgerichte erster und zweiter Instanz verschiedener Länder und auch das Bundesverwaltungsgericht immer wieder mit der Frage der Rechtmäßigkeit der Aberkennung des Ruhegehalts beschäftigen. Es hat sich über viele Jahre hinweg eine konsequente Rechtsprechung zu dieser Thematik entwickelt. Im Wesentlichen tauchen immer wieder die oben ausgeführten Bewertungskriterien auf. Eine Schematisierung verbietet sich schon deshalb, da die Rechtsgrundlagen für Disziplinarmaßnahmen stets als Ermessensvorschrift ausgestaltet sind und daher über die Rechtmäßigkeit der Maßnahme von Einzelfall zu Einzelfall unter Gesamtabwägung aller Umstände entschieden werden muss.

*Markus Pferinger
Rechtsanwalt*

Produktipp

Zängl

Bayerisches Disziplinarrecht

Praktiker-Kommentar



Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0284-3
€ 119,95 zzgl. Aktualisierungen
€ 229,95 ohne Aktualisierungen

[\[mehr Info\]](#)

Dieser Kommentar informiert praxisnah über alle Aspekte des Bayerischen Disziplinargesetzes und des materiellen Disziplinarrechts.

Neues aus Rehmnetz:

- **Fachbeiträge:**
[Reform des Disziplinarrechts im kirchlichen Bereich](#)
- **Gesetzgebung:**
[Gesetzentwurf zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund](#)
- **News:**
[Erstes Netzwerk für Wiedereingliederung](#)

Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht.

Die neuesten Beiträge:

- [Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragte bei vorzeitiger Ruhestandsversetzung](#)
- [Sicherungsverwahrung: Überlastung der Polizei droht](#)
- [Leerer prauchen wier nicht](#)

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)
und Beendigung von Arbeits-
und Beamtenverhältnissen
wegen Krankheit



Jetzt als eBook entdecken!

Unser Info-Tipp!

Vielfältige Informationen zum Beamtenrecht
finden Sie auch auf unserer Themenseite

<http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html>

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 Weiß, Niedermaier +, Summer u. a.
Beamtenrecht in Bayern
 Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und
 Vollzugsvorschriften.
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 6 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0005-4
 € 219,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Woydera/Summer/Zängl
Beamtenrecht in Sachsen
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk in 5 Ordnern
 ISBN 978-3-8073-0945-3
 € 199,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Zängl/Conrad
Bayerisches Disziplinarrecht
 Praktiker-Kommentar
 Loseblattwerk im Ordner
 ISBN 978-3-8073-0284-3
 € 119,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 Gansen (Hrsg.)
Disziplinarrecht in Bund und Ländern
 Kommentar
 Loseblattwerk in 3 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-3043-9
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



**Picken Sie sich
das Beste heraus!**

Wichtige Informationen
zum Themenkomplex
Beamtenrecht finden Sie auf
unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen



Expl. _____
 v. Roetteken/Rothländer (Hrsg.)
Hessisches Bedienstetenrecht - HBR
 Gesamtausgabe
 Loseblattwerk in 16 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-9311-3
 € 379,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 v. Roetteken/Rothländer (Hrsg.)
Hessisches Bedienstetenrecht - HBR
 Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht
 Loseblattwerk in 4 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-9511-7
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 v. Roetteken/Rothländer (Hrsg.)
Hessisches Bedienstetenrecht - HBR
 Teil IV: Beamtenrecht
 Loseblattwerk in 7 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-9811-8
 € 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot
zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515178

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH,
Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im
Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt
4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich
von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne
weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versie-
geltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an
die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

**Aktualisierungsservice für Loseblattwerke
und Software.**

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres
Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechts-
änderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine
Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist
jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt
auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur voll-
ständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an
den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die
Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen
vorbehalten.

Stand Juni 2011

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.